

Nachrichten

Prekär-Löhne in der Pflege: Interview mit ver.di-Vorstandsmitglied Ellen Paschke „Mindestlohn wird die Lage entschärfen“

Eine Studie der Gewerkschaft ver.di hat vor einigen Wochen für Aufsehen gesorgt. 72 Prozent aller Pflegekräfte verdienen weniger als 2 000 Euro brutto im Monat – ihre Entgelte zählen damit zu den Armuts- und Prekär-Löhnen in Deutschland. CAREkonkret sprach mit ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke.

CAREkonkret: Frau Paschke, die Ergebnisse Ihrer Studie sind ernüchternd. 72 Prozent aller Entgelte in der Pflege zählen zu den Armuts- bzw. Prekär-Löhnen. Heißt das, dass viele Pflegekräfte von ihrem Gehalt nicht ordentlich leben können?

Paschke: Ja. Es gibt viele Beispiele, etwa jene von Pflegehilfskräften, die noch zwei weitere Jobs annehmen, weil sie von ihrem Vollzeitjob in der Altenpflege nicht leben können.

CAREkonkret: In welchem Bereich ist die Bezahlung besonders schlecht?

Paschke: Besonders schlecht wird in der ambulanten Pflege bezahlt, und hier vor allem bei den privaten Trägern. Aber auch bei den freigemeinnützigen Trägern werden mittlerweile viele Pflegekräfte schlecht entlohnt und Löhne abgesenkt.

CAREkonkret: Zählen Sie die Pflegebranche zum Niedriglohnsektor in Deutschland?

Paschke: Ja.

CAREkonkret: Ab Sommer soll es einen Mindestlohn für die Branche geben. Wird er Abhilfe schaffen?

Paschke: Das glaube ich schon. Zur Zeit gibt es Pflegehilfskräfte, die 3,50 Euro in der Stunde verdienen. Wir plädieren für einen Mindestlohn in der Pflege von über neun Euro. Dies müssen wir innerhalb der Kommission, die die Höhe des Mindestlohnes bestimmt, noch festlegen. Ich bin da ganz zuversichtlich, dass wir das schaffen. Das wird die Situation sicherlich deutlich entschärfen.

CAREkonkret: Der Kommission gehören Vertreter der Diakonie und Caritas, der AWO, der kommunalen Arbeitgeberverbände sowie der Gewerkschaft ver.di an. Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) hat kritisiert, dass keine Repräsentanten der privatwirtschaftlichen

Pflege in die Kommission berufen worden sind. Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Paschke: Wir hätten es gerne gesehen, wenn private Träger auf uns zugekommen wären und ihr Interesse an einem Mindestlohn bekundet hätten. Das ist aber nicht geschehen. Die privaten Träger haben nicht ein Signal gegeben, dass sie Interesse an einem Mindestlohn haben. Fakt ist: Es gibt keinen privaten Anbieter, der mit uns Tarifverträge abschließt. Auch der bpa ist kein Arbeitgeberverband, sondern ein Zusammenschluss von privaten Anbietern.

„Die privaten Träger haben kein Signal gegeben, dass sie Interesse an einem Mindestlohn haben.“

Ellen Paschke, ver.di

//



Foto: Arc

CAREkonkret: Die Diakonie und Caritas haben auch keinen Tarifvertrag mit Ihnen – deren Vertreter sitzen aber in der Kommission.

Paschke: Aber die Diakonie und Caritas vereinbaren ihre Löhne innerhalb arbeitsrechtlicher Kommissionen, in denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen. Aus diesem Grund haben wir uns auch mit der Kommissionslösung für den Mindestlohn einverstanden erklärt. Auch diese ist mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wohlfahrtsverbände besetzt. Hier räumen wir den Kirchen zwar ein Sonderrecht ein, das wir eigentlich nicht akzeptieren. Aber in diesem Fall sind wir über unseren Schatten gesprungen.

CAREkonkret: Auch der Geltungsbereich des Mindestlohns wird von der Kommission bestimmt. Es zeichnet sich ab, dass nur Pflegehilfskräfte unter die Regelung fallen sollen. Warum soll es keinen Mindestlohn für examinierte Kräfte geben?

Paschke: Wenn wir einen Lohn von über neun Euro festsetzen, dann wird sich kein Unternehmer leisten können, die examinierte Pflegekraft für weniger Geld arbeiten zu lassen.

CAREkonkret: Das nicht. Aber angenommen, eine examinierte Pflegekraft verdient nur unwesentlich mehr als eine Hilfskraft – Stundenlöhne von zehn bis zwölf Euro sind ja keine Seltenheit. Ist das ein

angemessener Lohn für die Arbeit einer Examinierten?

Paschke: Nein, sicherlich nicht. Eine examinierte Pflegekraft muss deutlich mehr verdienen.

CAREkonkret: Also wäre ein Mindestlohn für Fachkräfte aus Ihrer Sicht doch wünschenswert?

Paschke: Ja, aber das war im Rahmen der Verhandlungen nicht machbar. Die Arbeitgebervertreter waren der Überzeugung, dass ein Mindestlohn für Hilfskräfte ausreichen würde. Aber ich denke, dass die examinierten Fachkräfte nicht für zehn Euro eingestellt werden, wenn die Hilfskräfte schon über neun Euro verdienen.

CAREkonkret: Viele Einrichtungen beklagen eine massive Personalnot. Der Fachkräftemangel ruft auch immer mehr Politiker auf den Plan – mit diversen Kampagnen

wollen sie das Image dieses Berufes aufpolieren. Aktuell hat Bundesinnenministerin Ursula von der Leyen die Kampagne „Moderne Altenpflege: Was wir tun, können nur wir“ ins Leben gerufen. Was halten Sie davon?

Paschke: Davon halte ich überhaupt nichts. Den Altenpflegekräften wird hier – so heißt es in der Kampagne – „der rote Teppich ausgerollt“. Das hilft in der Praxis aber keiner Pflegekraft weiter. Auch wir sind gefragt worden, ob wir uns an der Kampagne beteiligen wollen. Wir hätten dies gemacht – haben aber Bedingungen hinsichtlich der Themen Mindestlohn, Arbeitsbedingungen und einheitlicher Personalschlüssel gestellt. Diese Themen sind nicht Inhalt der Kampagne. An einer „roten-Teppich-Kampagne“, die möglicherweise Frau von der Leyen in ihrem Wahlkampf nutzt, wollten wir uns nicht beteiligen.

CAREkonkret: Wahlkampf ist ein gutes Stichwort. Im September 2009 ist die nächste Bundestagswahl. Was sind Ihre politischen Forderungen?

Paschke: Die Finanzierung der Altenpflege muss verbessert und auf breitere Füße gestellt werden. Aus diesem Grund fordern wir eine BürgerInnenversicherung in der Altenpflege, wie wir sie auch für die Krankenversicherung fordern. In diesem Rahmen muss auch eine leichte Erhöhung des Beitragssatzes um etwa 0,3 Prozent geprüft werden.

//

Steve Schrader